

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die populistische Versuchung, Ausländer zum Wahlkampfthema zu machen, ist offenbar zu groß - der Kampf um die Lufthoheit über den Stammtischen ist voll entbrannt. Vorurteile werden bedenkenlos bedient, unbescholtene Mitbürger ausländischer Herkunft geraten in den Generalverdacht Drogenhändler oder Terroristen zu sein.

Otto Schily sichert die rot-grüne Politik wie gehabt nach rechts ab, will Zuwanderung erschweren, begrenzen und die Prüfung von Asylgesuchen zum "kurzen Prozess" machen. Die Leitkultur-Forderung der CDU toppt er mit der "Assimilierung", der Forderung also ihre kulturelle Identität aufgeben.

Und nach der Wahl? Wie werden Schily oder Beckstein dem staunenden Wahlvolk erklären, dass die Deutschen aus ökonomischen, Arbeitsmarkts- und demografischen Gründen nicht unter sich bleiben können? Was tun, wenn die internationale Gemeinschaft die Einhaltung völkerrechtlicher Verträge zum Schutz von Flüchtlingen einfordert?

Hoffentlich ist dann nicht schon zu viel Porzellan zerschlagen,

hofft

Ihr Ed Boda

Zur Wahl: Die Begrenzungsrhetorik der großen Parteien

Das neue Zuwanderungsgesetz ist verabschiedet und vom Bundespräsidenten unterzeichnet, eine Klage dagegen angekündigt. Aus humanitärer Sicht bringt es fast nur Nachteile, allerdings schafft es größere Auslegungs-Spielräume, die auch eine liberale Regierung im Sinne der Asylbewerber nutzen könnte. Hier setzt die Kritik der Unionsparteien an. Ausländer sind entgegen allen Versprechen zum Wahlkampfthema geworden - wir thematisieren die parteipolitischen Forderungen zur Ausländerpolitik.

Für die **SPD** ist Deutschland ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land, für die **Grünen** ein Einwanderungsland aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen. Die **CDU/CSU** meint, Deutschland können aufgrund seiner historischen, geografischen und gesellschaftlichen Situation kein klassisches Einwanderungsland sein. Die **FDP** stellt fest, dass Deutschland faktisch schon seit Jahren ein Einwanderungsland ist und Zuwanderung im eigenen Interesse braucht. Die **PDS** fordert die rechtliche Gleichstellung der Ausländer im Rahmen eines demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechts.

Während die **SPD** auf verpflichtende Integrationsprogramme setzt und die **Grünen** eine "interkulturelle Erziehung in Kindergärten und Schulen" wollen, lehnt die **CDU/CSU** eine "multikulturelle Einwanderungsgesellschaft" ab. Die verpflichtende Teilnahme an Deutschkursen genüge. Die **FDP** lehnt eine Assimilation ab und verlangt die finanzielle Beteiligung der Zuwanderer an Sprachkursen. Die **PDS** fordert eher allgemein eine "aktive Integrationspolitik" und "konkrete Integrationshilfen".

Die **SPD** steht zum Menschenrecht auf Asyl, will die Asylgründe aber nicht ausweiten (also auch nicht um geschlechtsspezifische und nicht-staatliche Verfolgung). Sie will massiver gegen den sog. "Asylmissbrauch" vorgehen. Die **Union** ist genau so eindeutig: nur staatliche Verfolgung sei ein Asylgrund. Leistungen für Asylbewerber sollen so heruntergefahren werden, dass davon "kein Anreiz" ausgehe. Die **Grünen** berufen

sich zur Anerkennung nicht-staatlicher Verfolgung auf die Genfer Flüchtlingskonvention. Die **FDP** anerkennt verschiedene Fluchtgründe, möchte diese jedoch auf der EU-Ebene abhandeln lassen. Nur noch die **PDS** will nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkennen.



Inhaltsverzeichnis

- ⇒ Die Begrenzungsrhetorik der großen Parteien
- ⇒ Ausländerfeindlichkeit
- ⇒ Europäisches Asylrecht
- ⇒ Das Trauma einer bevorstehenden Abschiebung
- ⇒ Der alte Neue, der neue Alte
- ⇒ Cornelia Funke spendet Buchpreis exilio
- ⇒ Fördermitgliedschaft

Woher bloß die Ausländerfeindlichkeit?

Unsere Gesellschaft ist derzeit ungeheuer heftigen Erschütterungen ausgesetzt, genannt seien hier nur die neoliberal betriebene Globalisierung, die europäische Vereinigung, Abbau der nationalen Souveränität, Abschaffung der DM, Auflösung der Landesgrenzen, Weltherrschaftspolitik der USA, der Verlust nationaler Identität, die Krise des Wohlfahrtsstaates mit dem Abbau sozialer Sicherheiten. Das Ganze geschieht im Umfeld technologischer Umwälzungen, die zu atemberaubenden Veränderungen in den Betrieben, Verlust von Arbeitsplätzen, Firmenpleiten und sozialen Katastrophen führt. Die Wettbewerbsfähigkeit von Individuen, Unternehmen und Volkswirtschaften um jeden Preis wurde zum scheinbar naturgegebenen Sachzwang.

Veränderungen bringen Unsicherheit

Fundamentale Veränderungen verunsichern die Menschen: die Welt scheint ihnen undurchschaubar, ohne Logik und Gestaltungsmöglichkeiten. Die Bürger fühlen sich von den Regierenden allein gelassen und die Medien werden nicht müde, Vorteilsnahme, Korruption, Lüge und Betrug der Politiker anzuprangern. Das ist ein generelles Problem unserer Epoche. Und kann Deutschland unbeeinflusst bleiben von der Plage, die die Politik seiner Nachbarländer wie Dänemark, Niederlande, Frankreich, Italien, Österreich ... befiel?

Folgen sind Angst, Ratlosigkeit und Vorurteile. Rechte Stimmenfänger sprechen jene Millionen an, die in der Globalisierung der Wirtschaft "auf der Strecker geblieben" sind - die ausrangierten Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslosen, die Wiedervereinigungsverlierer und unfreiwilligen Frührentner und die gefährdeten Jugendlichen. Sie versprechen "Zurück zur alten Zeit". Sie nutzen die Verunsicherung der "kleinen Leute", in dem sie Ausländer als Konkurrenten um Arbeitsplätze darstellen, ausländische Jugendliche als dumm (siehe PISA), faul und aggressiv und Ausländer allgemein als Terroristen oder Kriminelle oder zumindest Ausbeuter unseres Sozialsystems diffamieren.

So infam diese Polemik ist, so sind die Verunsicherung und die Ängste der Menschen sehr real und ernst zu nehmen. Der entscheidende Schritt wäre, mit der Selbstentmachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft Schluss zu machen und zu einer langfristigen, vorhersehbaren Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozipolitik zurück zu kehren, dann würde neben anderen auch die Xenophobie bedeutungslos.

ed boda



Europäisches Asylrecht

Die EU hat sich im Amsterdamer Vertrag von 1999 zu einem gemeinsamen Asyl- und Migrationsrecht verpflichtet. Bis 2004 sollten in allen zentralen Feldern Mindeststandards beschlossen sein. Ziel ist die Übertragung nationalstaatlicher Souveränität im Asylrecht auf die Union.

Die europäische Kommission bereitet zügig Richtlinien-entwürfe zu allen asylrechtlich relevanten Aspekten vor: einheitliche Asylverfahren, soziale Aufnahmebedingungen, Flüchtlingsbegriff und ergänzende Schutzformen. Die Brüsseler Initiativen zeichnen sich durch hohe Schutzstandards bei minderjährigen Flüchtlingskindern, traumatisierten Flüchtlingen und Vergewaltigungsopfern aus.

Mit "Neins" der deutschen Bundesregierung in Nizza und Laeken wurde die Übertragung der Asylpolitik an supranationale Behörden verhindert. So bleibt der europäischen Kommission nur, Vorschläge zu machen, aber die meisten Punkte in das Ermessen der Mitgliedsstaaten zu stellen. Eine Harmonisierung ist daher kaum zu erwarten.

Tatsächlich wetteifern die Nationalstaaten darum, die noch existierenden höheren Standards nach unten anzugleichen, um keine "Zuwanderungsanreize" zu geben.

Zu den deutschen Verhandlungspositionen gehört z.B. die EU-weit einzigartige "Residenzpflicht" für Asylsuchende und das geringe Nachzugsalter für Flüchtlingskinder. Die Terroranschläge in den USA haben sowohl im EU-Kontext als auch in den Mitgliedsstaaten eine notwendige Öffnung der Debatte über eine andere Migrations- und Asylpolitik verschüttet, vielmehr allgemeine Handlungsbereitschaft im Sinne verschärfter Maßnahmen zur "inneren Sicherheit" ausgelöst.

Die slowenische Familie N. lebt seit 1988 in Deutschland. Das Leben von Herrn N. war in seiner Heimat nicht mehr viel wert: Er hatte Dinge gesehen, die die damaligen Machthaber als gefährliche Kriegsverbrecher ausgewiesen hätten, deshalb sollte er zum Schweigen gebracht werden.

Herr N. war während seiner Militärdienstpflicht in der slowenischen Armee zu einer Einheit abkommandiert, die auch Versuche mit neuen psychopharmakologischen Waffen begleitete. So wurde er Zeuge ungeheurer Kriegsverbrechen. Zum Beispiel kam er in ein Dorf, dessen Bewohner durch ein neues Giftgas hilf- und wehrlos ge-

N. wird Zeuge ungeheurer Kriegsverbrechen

macht worden waren. Die Menschen liefen blöde grinsend umher und reagierten auf nichts mehr vernünftig. Seine Vorgesetzten erklärten, dass dies der Erfolg eines neuen Gases sei. Leider wisse man es noch nicht richtig zu dosieren. Es gab zahlreiche Tote, einige Menschen erblindeten und andere litten unter großer Übelkeit. Um Erfahrungen zu sammeln, müssten diese Versuche sein und das täte man doch wohl besser mit Kosovaren als mit "richtigen Menschen". Herr N. berichtet, dass er solche und ähnliche Versuche mit kosovoalbanischen Dorfbewohnern mehrmals erlebt habe.

Gegen Ende des Krieges in Slowenien war sein damaliger Vorgesetzter in eine leitende Stelle beim Staatssicherheitsdienst befördert worden. Dieser begann nun, sich die Zeugen seiner Verbrechen "vom Halse zu schaffen". Systematisch wurden Mitwisser von der Geheimpolizei verfolgt und liquidiert. Herr N. kam dem zuvor, indem er mit seiner Frau und seinen beiden Kindern nach Deutschland floh. Jahrelang noch tauchte die Geheimpolizei in seiner alten Wohnung auf und suchte ihn.

Diese und andere schreckliche Kriegserlebnisse hatten Herr N. schwer traumatisiert. Er litt unter permanenten

und oft unerträglichen Magen- und Kopfschmerzen, unter Verfolgungsängsten, depressiven Verstimmungen und Reizbarkeit. 1998 machte er bei **exilio** eine Psychotherapie, die seine Leiden linderte. Auch seine Frau war stark traumatisiert und litt unter schweren posttraumatischen Belastungsstörungen.

Die Familie begann, sich in einem neuen Leben in Deutschland einzurichten. Man hatte sich schnell in die neue Heimat integriert, Herr N. hatte auch bald Arbeit und eine Wohnung für seine vierköpfige Familie gefunden. Die Familie ist stolz darauf, dass sie nie öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen musste.

Durch einen Fehler ihres Rechtsanwaltes wurde der Familie eine Aufenthaltsbefugnis nach "Altfallregelung" verweigert. Obwohl Herrn N. bei der

Schnell hatte man sich integriert, öffentliche Hilfe nie in Anspruch genommen

Rückkehr in seine Heimat Verfolgung, Inhaftierung und höchstwahrscheinlich die Liquidierung drohen, wurde sein Asylantrag nach dreizehn Jahren abgelehnt.

Die bevorstehende mögliche Abschiebung hat weitreichende Folgen für die Familie. Herr N. verdrängt die Angst vor der Ausreise und der Lebensbedrohung in seiner Heimat hartnäckig. Er stürzt sich Hals über Kopf in Arbeit und hat "keine Zeit mehr, einen klaren Gedanken zu fassen".

Frau N. sieht voller Angst dem Tag entgegen, "an dem sie ihren Mann verlieren wird", denn an seinem baldigen Tod durch Selbstmord oder Liquidation zweifelt sie nicht. Die Androhung der Abschiebung verheimlicht sie den Kindern, die hier aufgewachsen und zuhause sind, bis zuletzt. Sie äußert auch den Gedanken, sich von ihrem Mann zu trennen, "damit wenigstens die Kinder in Sicherheit leben können".

Der psychische Druck der bevorstehenden Abschiebung führt zu krankhaften Persönlichkeitsveränderungen bei Frau N.: Sie äußert Suizidgedanken. Sie wird vergesslich und konfus, leidet unter großer Traurigkeit und Kopfschmerzen. "Ich bin an einem Punkt, an dem ich einfach keine Kraft mehr habe, an dem mir alles zuviel ist. Ich halte es nicht mehr aus, so leben zu müssen," klagt sie. Frau N. berichtet, dass sie mitten im Schlaf angsterfüllt aufschrecke. Wenn der Briefträger Post bringe, traue sie sich oft nicht zum Briefkasten, weil der "blaue Brief" dabei sein könne. Oft liege sie im Bett und stelle sich vor, wie sie reagiere, wenn die Polizei kommt.

Exilios Psychotherapeut beschreibt den Zustand von Frau N. wie folgt: "Sie befindet sich seit längerem in einem äußerst labilen Zustand. Schlaflosigkeit, depressive Episoden, Verstimmungen, Verfolgungsängste und Verfolgungsträume sind ihr Alltag. Reizbarkeit und Panikattacken wechseln mit Apathie. Auffällig sind ihre Depersonalisationen und der Identitätsverlust. Ihre Sehnsucht danach, allem ein Ende zu bereiten, dokumentiert die akute Suizidgefährdung."

Die Familie N. wurde in einer dramatischen Aktion abgeschoben. Der Kontakt zur Familie ist abgerissen.

Wissen die Verantwortlichen, was eine Abschiebung für die Betroffenen bedeutet?

Wir fragen, ob wir Deutschen es wirklich nötig haben, eine so hartherzige Ausländerpolitik zu betreiben. Und wir fragen, ob den Verantwortlichen in den Behörden und Gerichten eigentlich wirklich die Konsequenzen dieses in unseren Augen menschenverachtenden Tuns bewusst sind - und wenn ja, wie sie das vor sich, ihrer Familie und uns, in deren Namen sie zu handeln vorgeben, verantworten können.



**Der alte Neue -
Der neue Alte**

Auf der Mitgliederversammlung am 25. Juni wurde Stephan Ude einstimmig als Nachfolger von Rose Ursula Schwarz in den Vorstand gewählt (der an dieser Stelle für ihre bisherige Mitarbeit ausdrücklich gedankt sei). Stephan war schon einmal von 1996 bis 1999 im Vorstand von **exilio**.

Er stellt sich folgt vor: Ich bin Dipl. Sozialpädagoge, verheiratet 40 Jahre alt und arbeite in Spaichingen als Stadtjugendreferent. Mein Jahrespraktikum habe ich 1998 bei **exilio** absolviert, daher die Verbindung zum Verein. Auch in meiner jetzigen Arbeit komme ich mit Jugendlichen zusammen, die Beratung in Sachen Asylrecht benötigen.

Cornelia Funke spendet Evangelischen Buchpreis exilio

Die bekannte Kinderbuchautorin Cornelia Funke erhielt im Mai 2002 den diesjährigen Evangelischen Buchpreis für ihr Buch "Herr der Diebe". Diesen mit 5.000 Euro dotierten Preis spendete sie anlässlich des "Internationalen Tages zum Schutze der Folteropfer", dem 26. Juni, **exilio**.

Cornelia Funke erzählt in ihrem preisgekrönten Kinderbuch die Geschichte elternloser Kinder, die unter dem Schutz des "Herren der Diebe" in Venedig leben. Zu ihnen stoßen zwei deutsche Kinder, die sich vor dem Detektiv ihrer Tante verstecken. In der spannenden, glaubwürdigen Geschichte geht es um Geschwisterliebe, Fürsorge, Vertrauen, Verantwortung für Schwächere und die Bereitschaft, zu verzeihen.

Cornelia Funke (43 Jahre, selbst Mutter von zwei Kindern) lebt in Hamburg. Die studierte Pädagogin begann ihre Karriere als Buchillustratorin und hat inzwischen mehr als vierzig Kinderbücher veröffentlicht.

Anlass zur Weitergabe dieses Preises war für Cornelia Funke der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausgerufene "Internationale Tag zum Schutz der Folteropfer", der 26. Juni. An diesem Tag wird weltweit die Abschaffung von Folter und anderer erniedrigender, grausamer oder unmenschlicher Behandlung gefordert. **Exilio** stellte diesen Tag unter das Motto: "Gemeinsam gegen Folter - Folter könnte gestoppt werden!"

Fördermitgliedschaft

Dies ist nun der sechste Infopunkt, in dem Sie auf der letzten Seite einen Comic finden, der mehr oder weniger witzig oder direkt dazu aufruft, Fördermitglied bei exilio zu werden.

Wozu braucht exilio Fördermitglieder?

Das **exilio**-Team braucht Unterstützung und Ermutigung bei der emotional oft sehr belastenden Arbeit mit Flüchtlingen und der Bearbeitung ihrer teilweise unvorstellbar grausamen Schicksale. Eine möglichst große Zahl dauerhafter Förderer unterstützt uns im Wissen, wirklich das Richtige zu tun. Und es gibt materielle Gründe: **Exilio** wird bisher nicht institutionell gefördert. D.h., dass wir nur mit erhaltenen Spenden und Projektmitteln rechnen können - beide Positionen sind immer nur einmalig und kurzfristig, keine Basis für eine Zukunftsplanung. Das ist auch der Grund, warum wir noch immer mit regelmäßig tätigen Kollegen auf Honorarbasis anstatt über einen ordentli-

chen Arbeitsvertrag arbeiten. Gesucht sind deshalb eine größere Zahl von Menschen, die versprechen, uns regelmäßig zu fördern - sodass wir wenigstens auf niedrigem Level planen können.

Vorteile für Fördermitglieder

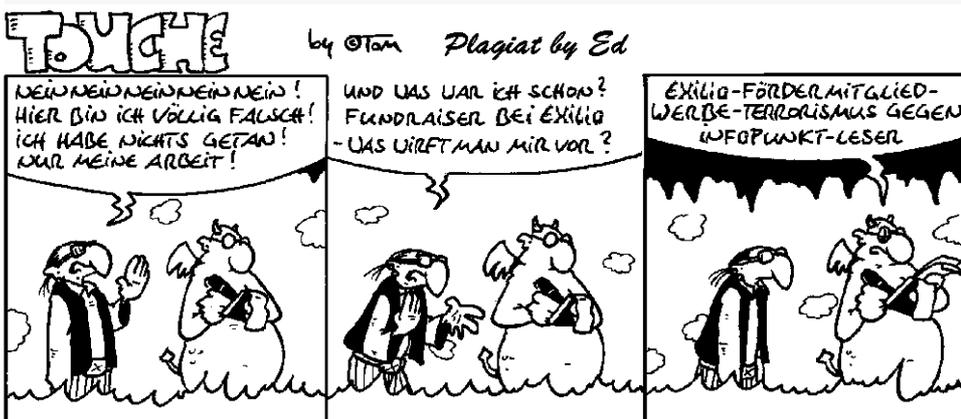
Etwas Handfestes haben wir leider nicht anzubieten. Wenn Ihnen unsere Arbeit aber wirklich am Herzen liegt, dann haben Sie vielleicht auch ein Interesse daran, dazu beizutragen, dass sie langfristig planbar und gesichert ist, dass wir bescheidene Zukunftsinvestitionen machen können, weil wir wissen, dass es weiter geht. Das gibt Ihnen vielleicht das Gefühl, durch Ermutigung und eine finanzielle Hilfe konkret dazu beigetra-

gen zu haben, dass diese so notwendige Arbeit getan wird.

Förderbeitrittserklärung liegt bei

Wir legen diesem Heft eine Beitrittserklärung bei. Sie bestimmen Höhe und Häufigkeit Ihres Förderbeitrags selbst. Sie können jederzeit und ohne Angabe von Gründen ihre Fördermitgliedschaft beenden. Eine Bankeinzugsvollmacht ist nicht nur bequem, Sie haben nach erfolgter Abbuchung eine Woche, eine für Sie gebührenfreie Rückbuchung zu veranlassen, wenn Sie sich die Sache mit der Fördermitgliedschaft anders überlegt haben sollten.

Wir würden sehr uns freuen, Sie oder einen Ihrer Freunde als Fördermitglied begrüßen zu dürfen.



Impressum:

Herausgeber und presserechtlich verantwortlich:

exilio – Hilfe für Flüchtlinge und Folterüberlebende e.V.,

Reutiner Str. 5, D-88131 Lindau

T: 08382-409450, F: 08382-409454
www.exilio.de, E-mail: info@exilio.de

Spendenkonto:

Bodenseebank Lindau,
Nr. 400700, BLZ 733 698 21